

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa, Druckerei: Riesner, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung Großschönau, des Kreisgerichts, der Kreisverwaltung beim Kreisgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Stadtkommissars Riesa.

Postkonto: Dresden 1330, Postamt Riesa Nr. 52.

Nr. 246.

Donnerstag, 21. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 20 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Lage 50%, Zuschlag. Beste Tarife. Wemüßiger Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse, eingezahlt werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Chinas Auferstehung.

Wenn es bisher China nicht möglich war, Herr über die Wirren seines Landes zu werden, so liegt das an zwei Ursachen. Erstens an den nun seit Jahren dauernden Kämpfen der rivalisierenden Generale, die bis jetzt immer noch nicht die Entscheidung über die Machtfrage gebracht haben. Und dann zweitens an der Wirkung der Verträge mit den Fremdmächten auf die Finanzen des Reiches. Betrachten wir zunächst einmal die heutige Situation des inneren Bürgerkrieges. Insofern hat die letzte Zeit eine gewisse Klärung in das Durcheinander der Kämpfe gebracht, als sich immer mehr aus der Fülle der eintreffenden militärgewaltigen die tatsächliche Macht aus zwei Exponenten vereinigt. Kanton und Wefing sind die beiden Gegenpole. Nord-China beherrscht immer noch Tschangtscholi, der Süden dagegen liegt vollkommen im Machtbereich der Kantoner Regierung. Die vielen Generale, die mit wechselndem Glück und mit wechselnder Parteirichtung das Durcheinander der Kämpfe in den letzten Jahren schier unübersehbar gestalteten, haben sich inzwischen entweder der Kantoner Regierung oder den Machthabern in Kanton angeschlossen, sodas jetzt die Entscheidung lediglich zwischen diesen beiden inneren Gegnern zu suchen ist. Wagt man die Chancen der einen kantonierenden Partei gegen die der anderen ab, so wird man feststellen können, daß die Machtgruppe Süd-Chinas immer mehr an Ausdehnung und Auswirkung gewinnt. In den letzten Wochen sind von Tschangtscholi wiederum vertriebene Generale abgefallen, die ihre Truppenmacht der Kantoner Regierung zur Verfügung stellten und so die Schlagkraft des Südens bedeutend erhöhten. Wenn so auch im Augenblick im inneren Kampf Chinas Kanton die Überhand gewonnen hat, so ist doch die endgültige Entscheidung angeht der stets wechselnden Parteigängerschaft der übrigen Generale heute noch schwer abzusehen.

Von den Fremdmächten her ist ein neuer Plan in das Durcheinander der inneren Wirren Chinas hineingeworfen worden. Dieser Vorstoß sieht nichts Geringeres vor, als eine Teilung des Reiches in zwei selbständige und autonome Länder, deren Grenze der Yangtsi-Ström bilden würde. Dieser Gedanke, der besonders von England sehr stark propagiert wird, erscheint uns schon aus dem Grunde abwegig, da die Kantoner Regierung auch in Nord-China über eine starke Anhängerschaft verfügt, die sich sehr eifrig im Interesse des Südens einsetzt. Die vielen Verhandlungen, Beurteilungen und Hinrichtungen im Norden Chinas zeigen auch zur Genüge, daß Tschangtscholi die Gefahr, die ihm aus der Propaganda seiner Gegner in Nord-China erwächst, in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat. Die Verhärter des Trennungsgedankes dürften fernerhin nicht an der Tatsache vorüber gehen, daß in China der Gedanke der Einheitslichkeit des Landes recht lebhaft ist, was die Undurchführbarkeit des Vorhabens wirksamer demonstriert, als die Betrachtung der Kriegskarte Chinas.

Immerhin ist Tschangtscholi heute noch ein gewaltiger Machtfaktor, wenn auch die Kräfte, die von Süden her seine Position zu unterhöhlen drohen, immer mehr an Stärke und Wirkung zunehmen. Vielleicht dürfte gerade diese Erkenntnis Tschangtscholi dazu führen, einen Ausgleich mit dem Süden zu suchen, bevor durch einen entscheidenden Sieg Kantons ein feindlicher Ausgleich nicht mehr notwendig ist. Manches deutet darauf hin, daß solche Gedankengänge in Peking nicht fremd sind. Zudem fand sich ein Moment, das ein, wenn auch nicht gemeinsames, doch auf ein gemeinsames Ziel hinstreuetes Handeln der beiden kriegführenden Parteien ermöglichte. Das war die Aufhebung der ungleichen Verträge der Fremdmächte.

In diesem Kampf gegen die Fremden gibt es in China keine Meinungsverschiedenheiten. Wenn die Kantoner Regierung den diplomatischen Vertretern der Fremdmächte in Peking notifizieren ließ, daß sie sich entschließen müßte, die Ein- und Ausfuhrzölle zu erhöhen, so zögerte die Kantoner Regierung nicht, sofort eine ähnliche Tat folgen zu lassen: Die Kündigung des chinesisch-belgischen Vertrags. Hier sieht man also, daß ein gemeinsames Ziel Nord- und Süd-China zu einem innerlich gemeinsamen Handeln zwingt. Eine Feststellung, die bei den an der Vertretung des chinesischen Handels interessierten Fremdmächten eine gewisse erhebliche Beachtung auslösen dürfte. Von den vielen Regierungen, mit denen China in den letzten Jahren gesegnet war, hat es auch nie eine einzige verdammt, die Fremdmächte von der Unhaltbarkeit und dem Unrecht der Verträge, die dem Lande aufgewungenen Verträge in Kenntnis zu setzen. Die Fremdmächte beantworteten diese chinesischen Forderungen stets mit dem Einwand, daß man in eine Aussprache über die Zweckmäßigkeit oder Ungewinnlichkeit der Verträge erst dann eintreten könne, wenn es China gelungen wäre, seine Regierung zu stabilisieren. Was die chinesischen Staatsmänner wiederum zu der Feststellung bewog, daß die inneren Wirren, die einer Stabilisierung der Verhältnisse im Wege ständen, nur durch eine Bereitstellung von Mitteln beseitigt werden könnten, die eben nur aus einer Erhöhung der Zolllage sich beschaffen ließen. Bei diesen Din und Dem der Meinungen blieb es dann auch. Niemals in den vielen internationalen Aussprachen wurde das chinesische Problem auch nur annähernd einer ersten sachlichen und objektiven Würdigung unterzogen. Man kann es daher den Engländern Nord- oder Süd-Chinas nicht verübeln, wenn sie jetzt zu einer gewissen Selbsthilfe übergehen. Indem sie sich in wesentlichen Punkten außerhalb der abgemessenen Verträge stellen, zwingen sie schließlich auch die Fremdmächte, das Dilemma in der Verhandlung der chinesischen Fragen aufzugeben. Was zu der Hoffnung berechtigt, daß dieses wichtigste Problem des Ostens in Kürze einer Lösung entgegengeführt werden muß.

Der Reichspräsident in Bremen.

Bremen. (Frankfurt.) Der Reichspräsident traf heute zum Besuch der freien Hansestadt Bremen ein, um 11 Uhr land in der Bahnhofshalle der Empfang des Reichspräsidenten durch den Präsidenten des Senats Bürgermeister Dr. Tonandt statt, in dessen Begleitung sich der bremische Gesandte in Berlin und die Spitzen der Behörden befanden. Auf dem von Tausenden von Zuschauern umflossenen Bahnhofsperron schritt der Reichspräsident mit härmlichen Hochrufen begrüßt, die Front der Ehrenkompanie ab, verzweigte längere Zeit bei den in großer Zahl erschienenen Mitbewerbern und nahm den Vorbereitungen entgegen. Auf der Fahrt durch die schmalen Gassen der Stadt nach dem Rathaus wurde der Reichspräsident überall von der jubelnden Menge und von der Schallende herlich begrüßt. Im Rathaus waren der Senat und das Präsidium der Bürgerschaft versammelt, um den Reichspräsidenten zu begrüßen.

Nach dem Empfang im Rathaus begab sich der Reichspräsident nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz, wo er die alten Beiratsräte von 1864, 1866 und 1870/71 sowie den Vorstand des Vereins der vier und des 3. Garde-Regiments zu Fuß, der beiden von ihm früher befehligten Regimenter, und den Vorstand des Landesvereins der Arbeiter, darunter legte er in der Frauenkirche am Ehrenmale der Gefallenen des 1. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 73 einen Kranz nieder. Sodann fuhr der Reichspräsident nach dem bremischen Hafen und unternahm an Bord des Lloyd-Tenders „Borwaria“ eine Fahrt durch die Sälen 1 und 2. Um 12 Uhr land auf dem Lloyd-Dampfer „Hulda“ ein Frühstück in kleinem Kreise statt.

Kabinettsitzung im Reichstage.

Berlin. (Frankfurt.) Die Mitglieder des Reichskabinetts sind um 10 Uhr zu einer Sitzung im Reichstage zusammengetreten. Die Beratungen gälten der Erwerbslosenfrage.

Rede des Reichsministers Dr. Kütz.

Dresden. In einer gestern abend im großen Saal des Ausstellungspalastes von der Deutschen Demokratischen Partei abgehaltenen Wahlversammlung sprach auch Reichsminister Dr. Kütz.

Er führte u. a. aus, der Reichspolitik gebühre der Primat vor der Landespolitik. Aber das dürfe nicht zur Verkennung der unabweisbaren Bedeutung führen, die der Tätigkeit der einzelstaatlichen Parlamente und Regierungen zukomme. Soweit man blicken könne, mache sich überall ein harter Drang zur Zusammenfassung der politischen Kräfte bemerkbar. Der Sammelruf Goy-Farres, die Wirtliche Auf nach der republikanischen Union, die Bestrebungen in Bremen auf Herstellung der Großen Koalition seien Symptome solcher Entwicklung. Welche Resultate sich aus den verschiedenen Sammelrufen ergeben würden, stehe dahin. Nur das eine stehe fest: Je stärker und weiter ausbreitend die Zusammenfassung der politischen Energien in Einzelstaaten und Reich sei, um so schneller und gründlicher werde politische und praktische Arbeit der Regierungen und Parlamente erreicht. Jede Unterstützung, ob sie von rechts oder links komme, sei gleich wertvoll. Das Wort „Niemals mit der Sozialdemokratie“ sei für einen Angehörigen der Mittelparteien ebenso töricht wie das Wort „Niemals mit den Sozialdemokraten“. Die Frage der Staatsform solle man aus den Debatten ausschalten, sie sei gelöst, vielleicht nicht überall durch Vertiefung eines subjektiven republikanischen Glaubens als vielmehr durch die verstandesmäßige Einsicht in die unerwiderlich gewordenen objektive Macht der Republik. Im Verhältnis zwischen Reich und Ländern sei für die nächste Zeit das Hauptproblem der Finanzangelegenheit. Ohne Einschränkung und Vereinbarung sei eine dauernde Gesundung der öffentlichen Finanzen nicht möglich. Die Finanzpolitik des Reichs und der Länder müsse die berechtigten Bedürfnisse der Wirtschaft berücksichtigen. Im Weltwirtschaftsverkehr vollzogen sich starke Wandlungen zum Besseren. Die Erkenntnis wachse, daß über die von politischem Kurzblick aufgerichteten Grenzen hinaus die Wirtschaft sich die Hand zu gemeinsamer Ordnung der Produktion und des Absatzes reichen müsse. Nach wie vor werde unsere ganze Entwicklung außenpolitisch bedingt. Es gelte jetzt, die Feste der Deutschland gegenüber getriebenen Gewaltpolitik zu befestigen. Das Ziel aller Außenpolitik bleibe nach wie vor die Befreiung Deutschlands und die Befriedung Europas.

Freispruch der Stresemann-Altenkäter.

In Berlin kam bekanntlich gestern der Vorstoß gegen die beiden Angeklagten der Firma Siemens & Halske, Karl Rathhoff und Werner Lorenz wegen beschuldigter Ermordung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann zur Verhandlung. Rathhoff erklärte, der Ausdruck „Stresemann verweie man“ sei nur ein plakatiger Krattausdruck von ihm gewesen, den er aus Empörung über Locarno beachte. Er habe natürlich keinen Mordplan entworfen wollen, sondern nur einen Komau geschrieben. Er habe von „verweie man“ gesprochen, wie Schüler vom Reichsverweier, der das Reich verweien läßt. Nach Lorenz erklärte, die Angelegenheit niemals ernst genommen und sich garnicht für Politik interessiert zu haben. Nachdem die medizinischen Sachverständigen geistige Minderwertigkeit bei beiden festgestellt hatten (beide waren auch jahrelang wegen Geisteschwäche entmündigt), lächelte der Oberstaatsanwalt seinem

Waldner aus, daß für die These der Anklage, es hätte ein Mordplan unmittelbar vorgelegen, kein Beweis erbracht worden sei, obwohl hinreichende Verdachtsgründe beständen. Er beantragte aus rechtlichen Gesichtspunkten Freisprechung beider Angeklagter. Das Gericht schloß sich, wie bereits gestern gemeldet, nach kurzer Beratung diesem Antrage an. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Neuer Ruf nach Zollfreiheit.

Eine Rede des geschäftsführenden Präsidenten der internationalen Handelskammer in Paris.

Paris, 20. Oktober. Der geschäftsführende Präsident der Internationalen Handelskammer, Anderson, ein Engländer, hielt heute auf der Sitzung des Verwaltungsrates der Internationalen Handelskammer eine bedeutende Rede, in der er sich für die Aufhebung der Zollschranken in Europa einsetzte. Er verglich die Produktionsverhältnisse und die Grenzführungen zwischen Europa und Amerika und stellte fest, daß die amerikanische Wirtschaft auch in diesem Jahre floriert habe, während man dies von der europäischen Wirtschaft nicht behaupten könne. Soweit in europäischen Ländern volle Beschäftigung herrsche, sei dies nur der Inflation zu verdanken, jedoch schaffe die Inflation einen irrtümlichen Wohlstand. Dies habe man besonders in Frankreich erfahren, wo die Exporteure erkaunt hätten, daß die gegenwärtige Währungsfrage sie Verluste erleiden lasse.

In Deutschland mache sich ein interessanter Gesundheitsprogras bemerkbar, der sich in die Worte zusammenfassen lasse, der Kranke leidet, aber es geht ihm besser.

Der englische Kohlenreicht habe einigen Wirtschaftskreisen Bewegung verschafft. Im ganzen sei aber nicht genug Arbeitsgelegenheit vorhanden und Deutschland feindliche Tarife hinderten den Export und die völlige Gesundung. Man müsse das Ausland darauf verweisen, daß der Exporttransfer in Höhe von 15 Millionen Mark 15 Prozent der Gesamtzahlungen an den Reparationsagenten nur gedeckt worden sei auf Grund des Zutrommes ausländischer Kredite. Die Unterhändler des Instituts für Konjunkturforschung bewiesen, daß erst in den allerletzten Monaten ein Anstieg der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen sei. Der Medner für die letzten Monate einige besonders protektive Verhältnisse im gegenwärtigen Zollsystem der europäischen Länder an und wies darauf hin, daß die Folge der gegenwärtigen überhöhten Schutzzollpolitik einiger Länder die sein würde, daß schließlich alle Länder zur Schutzzollpolitik übergehen würden.

Nach Schluß der Sitzung wurde ein Bericht ausgegeben, in dem unter anderem erklärt wird:

Beschlüsse von sehr großer Bedeutung für das Kapital, die Arbeit und die öffentlichen Interessen sind einstimmig von dem Ausschuss zur Beseitigung der Handelszollschranken und vom Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer gefaßt worden. Diese Beschlüsse sind in einem Bericht zusammengefaßt, der von Sir Arthur Ballour der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes unterbreitet werden wird. Unter anderem werden für die Länder überall die gleichen Rechte gefordert, wie für die Bürger der betreffenden Nation, vollkommene Bewegungsfreiheit, Wohn- und Niederlassungsrecht. Der Ausschuss für Handelsbeschränkungen fordert endlich unter den Auspizien des Völkerbundes die Schaffung eines ständigen Ausschusses für Zoll- und Handelsangelegenheiten und einen Ausschuss in der Form, daß in der Zeit zwischen periodischen Tagungen der Generalsekretäre eine ständige Organisation in Tätigkeit bleibe.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 20. Oktober. (Korrespondenz). Die Vorkonferenz nahm in ihrer heutigen Sitzung eine Anzahl von Beschlüssen über die Entwaffnung Deutschlands zur Kenntnis. In den Berichten handelt es sich um gewisse Punkte, in denen die Kontrollkommission weiterhin der Ansicht ist, daß sie noch nicht von der deutschen Regierung Genugtuung erhalten habe. Es handelt sich besonders um die Organisation des Oberkommandos, ferner um die Fabrikation und den Export von Kriegsmaterial, die Organisation der Polizei, die Verankerung gewisser militärischer Gebäude, die Befestigung von Königberg sowie um die sog. Sportverbände, die militärische Ziele verfolgen. Erst wenn die Kontrollkommission der Vorkonferenz mitgeteilt haben werde, daß sie Genugtuung in allen diesen Punkten erhalten habe, werde die Vorkonferenz den Völkerbund ersuchen können, die Angaben der Militärkontrollkommission in Deutschland zu übernehmen.

Personalveränderungen in der Reichskanzlei und im Reichsfinanzministerium.

Berlin. Nachdem auf Wunsch des Reichsministers der Finanzen der Ministerialrat Dr. Wachsmann zwecks Verwendung als Ministerialdirigent im Reichsfinanzministerium aus der Reichskanzlei ausgeschieden ist, ist der Oberregierungsrat Vogel vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete unter Beförderung zum Ministerialrat in die Reichskanzlei versetzt worden. Da der Ministerialrat in der Reichskanzlei Dr. Grävel noch auf mehrere Monate als Generalsekretär des Enquete-Ausschusses tätig sein wird, hat der Reichswirtschaftsminister den Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Fehler zur Dienstleistung in der Reichskanzlei vorübergehend zur Verfügung gestellt.